

# AMT UNTERSPREEWALD

## Beschlussvorlage



☒ öffentlich    ☐ nicht öffentlich    ☐ Dringlichkeit

Gremium	Datum der Sitzung	TOP
Amtsausschuss		

**Beratungsgegenstand:** Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung der Aufgaben des Vollstreckungsaußendienstes

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Herr Kehling - Amtsdirektor	1-2025	21.01.2025

### **A. Beschlussvorlage:**

#### **Der Amtsausschuss beschließt:**

die Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung der Aufgaben des Vollstreckungsaußendienstes im Zuständigkeitsbereich des Amtes Unterspreewald

#### **Begründung der Beschlussvorlage:**

Das Amt Unterspreewald und der Landkreis Dahme-Spreewald beabsichtigen mit dieser Vereinbarung ihre kommunalen Dienstleistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger zu optimieren. Darüber hinaus soll die Wirtschaftlichkeit des Vollstreckungsdienstes verbessert werden.

Beim Amt Unterspreewald war/ist der Vollstreckungsdienst beim Außendienst des Ordnungsamtes angesiedelt. Mit den Organisationsveränderungen im Ordnungsamt und dem Ausscheiden zweier Kollegen im Ordnungsamt/Außendienst im letzten Jahr, wird mit dieser Vereinbarung der Vollstreckungsaussendienst des Amtes Unterspreewald neu geregelt und auf die Kreiskasse des Landkreises Dahme-Spreewald als Vollstreckungsbehörde und deren Vollstreckungskräfte übertragen werden.

Die Kasse des Amtes Unterspreewald prüft das Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen der Vollstreckung (§ 3 VwVG Bbg) sowie der Beitreibung (§ 19 VwVG Bbg) und beauftragt in der Folge nach fruchtloser Mahnung, den Landkreis Dahme-Spreewald mit der Vollstreckung. Aktuell liegen 17 fremde Amtshilfeersuchen (z.B. GEZ,...) und 12 eigene Vollstreckungsfälle vor. Die Höhe der beizutreibenden Geldforderungen liegt dabei meist unter 500 €. Bis zu diesem Betrag wird eine Grundgebühr von 31 € für die Beitreibung der Geldforderungen fällig. Bis 1.000 € Forderung wären es 42 € Gebühren. Diese Gebühren werden dem Schuldner auferlegt. Diese Vereinbarung soll ab dem 01.04.2025 wirksam werden.

### **Hinweis:**

### **Finanzielle Auswirkungen**

☒ Ja                      Nein  
☐ Ertrag                      ☐ Aufwand                      ☐ Investition

1. Im Produktsachkonto **61201.459204 Volltreckungs- und Pfändungsgebühren** (Ergebnis- und Finanzhaushalt) sind Mittel in Höhe von **2000 €**, im HHJ **2025**, eingestellt.

2. Die Maßnahme verursacht Folgekosten: ☐ Ja (z.B. Abschreibung + Wartung)

- ☐ Nein  
☐ Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart.

**3. Bei Vergaben:**

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto	_____	in Höhe von	_____	€
noch verfügbare Mittel			_____	€
Vergabevorschlag			_____	€.

**Anlagen**

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung der Aufgabendes  
Vollstreckungsdienstes im Zuständigkeitsbereich des Amtes Unterspreewald.

---

Datum

Unterschrift des Amtsdirektors:  
Marco Kehling

## **B. Beschluss:**

**Der Amtsausschuss beschließt:**

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

**Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage  
oder  
Ablehnung der Beschlussvorlage**

### **Abstimmungsergebnis:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Von der Beratung und Abstimmung waren gemäß §22 BbgKVerf wegen Besorgnis der Befangenheit ausgeschlossen:

	Sichtvermerk	
Datum/Unterschrift Vorsitzende/r	Datum/Unterschrift Amtsleiter/in	Datum/Unterschrift Amtsdirektor